

Sonderausgabe

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Wir müssen Europa stabiler machen

Euro-Bonds sind Irrweg



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode stehen wir vor einer gewaltigen Herausforderung. Nachdem es uns gelungen ist, den Euro trotz der massiven Turbulenzen auf den Finanzmärkten in den vergangenen Monaten stabil zu halten, müssen wir jetzt mit Nachdruck grundlegende Reformen für Europa in Angriff nehmen. In der Europäischen Union und besonders in der Euro-Zone müssen die Mitgliedstaaten lernen, nachhaltig und solide zu wirtschaften, damit sie wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig werden. Nur dies wird dem Euro dauerhaft nutzen.

Wir treten für die Reformen ein im Interesse unserer Bürger und nicht um anderen Staaten einen Gefallen zu tun. Der Euro ist unsere Währung. Wir Deutschen haben von der gemeinsamen Währung – die Experten sagen es in ihrer großen Mehrzahl immer wieder – profitiert wie kein anderes Land in Europa. Der Euro hat unserer Wirtschaft und damit auch den Arbeitnehmern geholfen. Die Exportzahlen würden heute ganz anders aussehen, wenn wir den Euro nicht hätten. Gleichzeitig gilt es, den Wert des Euro

auch im Interesse der deutschen Sparer stabil zu halten.

Europa entwickelt sich, aber oft zu langsam. In gewissen Zeiten entwickelt sich Europa sogar zurück. Unter Rot-Grün war das beispielsweise der Fall. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer haben in ihrer Amtszeit die Stabilitätskriterien für den Euro gebrochen. Sie haben es zugelassen, dass Griechenland trotz seiner schon damals maroden Wirtschaft Mitglied der Euro-Zone geworden ist. Sie haben damit die Saat für die heutigen Probleme gelegt. Und was schlagen SPD und Grüne heute vor? Euro-Bonds! Damit müsste Deutschland unmittelbar für die neuen Schulden der Krisenstaaten geradestehen. Welch ein Irrweg!

Viele Länder lebten über ihre Verhältnisse

Jetzt geht um etwas anderes. Bis heute ist der Euro die einzige Währung der Welt, der nicht eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik zugrundeliegt. In der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 und danach ist das zum Problem geworden. Deshalb konnte nicht verhindert werden, dass viele Länder schlicht über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das ist der Grund für die heutigen Turbulenzen. Dass sich Europa um den letzten Grashalm in einem Naturschutzgebiet kümmert, aber die großen Fragen der Finanzstabilität nicht regelt, kann auf gar keinen Fall so bleiben.

In der Zwischenzeit – bis wir über Vertragsänderungen das Fundament Europas grundsätzlich neu legen – müssen wir zur Stabilisierung unserer Währung weiter Rettungsschirme aufspannen. Die Hilfsmaßnahmen sind aber immer mit harten Auflagen versehen. Es gibt sie nur gegen Gegenleistungen.

Wollen herüber

Inhalt

| | |
|--|---|
| Wir müssen Europa stabiler machen | 1 |
| Revolutionärer Schritt nach vorn | 2 |
| Euro-Rettungsschirm: Der Bundestag redet mit | 3 |
| Können wir Griechenland nicht einfach pleite gehen lassen, Herr Meister? | 4 |
| Für eine abgestufte Mitwirkung des Parlaments | 5 |
| Für mehr Sicherheit in unseren Großstädten | 5 |
| Der Bundestag sagt, wo's langgeht | 6 |
| Letzte Seite | 7 |

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Revolutionärer Schritt nach vorn

Schuldenbremse für die Euro-Zone



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Vereinbarung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, in den restlichen 16 Staaten der Euro-Zone jeweils eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einführen zu wollen, gleicht einer Revolution. Gleiches gilt für die Vereinheitlichung von Unternehmenssteuern in Deutschland und Frankreich. Die Vereinbarung stärkt die deutsch-französische Zusammenarbeit und Freundschaft, und sie kann zu einem Stabilitätsanker in der Euro-Zone insgesamt werden.

Bereits nach zwei Wochen hat sie einen gewaltigen politischen Sog entfacht: Spanien hat sich schon bereit erklärt, in seiner Verfassung eine Schuldenbremse zu verankern, jetzt auch Portugal, und weitere Länder werden folgen. Wenn alle diese vorwiegend etatistisch orientierten Länder nun der von der Bundeskanzlerin geprägten deutschen Konsolidierungspolitik folgen, kommt das einer Kulturrevolution gleich. Der Droge Verschuldung zu entsagen, mit der man so leicht politische Verteilungskonflikte vermeiden konnte, ist ein enormer politischer Kraftakt; denn mit der Abkehr von kreditfinanziertem Wachstum muss die Politik in der Euro-Zone nun die Grundlage für ein produktivitätsgetriebenes Wachstum schaffen, und zwar unter fairen Be-

dingungen, auch in den schwächeren Teilen der Euro-Zone.

Deshalb ist die von Merkel und Sarkozy vereinbarte „Wirtschaftsregierung“ samt Angleichung von Unternehmenssteuern bahnbrechend: Eine finanzpolitische Harmonisierung, die steuerpolitische Fehlanreize wie in Irland verhindert, eine wirtschaftspolitische Bündelung regionaler Stärken, eine Koordinierung wirtschaftlicher Projekte wirken zukünftig krisenverhindernd und helfen, bestehende Ungleichgewichte als Überschuldungsursache zu verringern.

Sanktionen für notorische Defizitsünder

Ein Meilenstein auf dem Weg zu einer tragfähigen europaweiten Haushaltspolitik ist nun Frankreichs Bereitschaft, Länder, die dauerhaft zu hohe Schulden machen, mit einfacher Mehrheit der 27 EU-Mitglieder sanktionieren zu lassen. Darüber hinaus wäre es begrüßenswert, wenn die Staaten der Euro-Zone mit ihren Schuldenbremsen unterhalb der Defizitgrenze von drei Prozent blieben. Die Vorstellung, bis 2,9 Prozent Defizit sei alles super, hat ja den Konsolidierungswillen in der EU nicht wirklich befördert, wie man europaweit sehen kann. Die Folge ist immer, dass in Boomzeiten die erwirtschafteten Überschüsse nicht investiert werden können, weil man das Geld für die Tilgung der in der vorangegangenen Rezession aufgenommenen Kredite verwenden muss. In der nächsten Rezession muss man dann erneut Kredite aufnehmen, weil die Überschüsse weg sind, und das sinnlose Spiel geht weiter.

Angesichts dieser enormen Fortschritte auf dem Weg zu einer wirtschafts-, finanz- und haushaltspolitischen Integration der Europäischen Union sind die in den nächsten Wochen zu beschließenden Hilfsmaßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Zone richtig und verantwortbar.

Euro-Rettungsschirm: Der Bundestag redet mit

Fraktionsvorstand für abgestufte Beteiligung des Parlaments – Euro und Haushalt im Mittelpunkt der Klausurtagung



Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder

Die Unionsfraktion setzt sich für abgestufte Mitwirkungsrechte des Bundestags beim erweiterten Euro-Rettungsschirm – der sogenannten Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) – ein. Der Fraktionsvorstand beschloss am vergangenen Donnerstag einen Vorschlag, der einerseits eine angemessene Parlamentsbeteiligung bei der Vergabe der Hilfen für notleidende Euro-Staaten sicherstellt, andererseits aber auch gewährleistet, dass die EFSF handlungsfähig ist. Fraktionschef Volker Kauder kündigte an, auch die Oppositionsfraktionen in die Ausgestaltung der Parlamentsbeteiligung einbinden zu wollen. Die Union habe ein Interesse an einer breiten Mehrheit im Bundestag, sagte er.

Im Mittelpunkt der Fraktionsklausur stand neben dem Euro-Rettungsschirm der Bundeshaushalt für das kommende Jahr, eine vorläufige Bilanz der Bemühungen um die Finanzmarktstabilisierung sowie ein Forderungskatalog für die Verbesserung der Sicherheitslage in Großstädten. Außerdem ging es um die politische Lage der Union und die infrastrukturellen Herausforderungen angesichts des demographischen Wandels.

Anders als bisher soll die erweiterte EFSF künftig Anleihen kriselnder Eu-

ro-Länder aufkaufen, vorsorglich Kredite verleihen und Staaten Geld zur Bankenstützung bereitstellen können. Dazu wird der Garantierahmen der Euro-Länder von 440 Milliarden auf 780 Milliarden Euro erhöht. Deutschlands Anteil an den Bürgschaften beträgt damit rund 211 Milliarden Euro. Der Bundestag berät in erster Lesung in dieser Woche über die Ausweitung der EFSF. Bei der genauen Ausgestaltung der Parlamentsbeteiligung wird die Fraktion auch die für kommenden Mittwoch angekündigte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Euro-Hilfen berücksichtigen.

Beteiligung „weit über das Übliche hinaus“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wie auch der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, riefen in Erinnerung, dass die EFSF handlungsfähig bleiben müsse, um an den Finanzmärkten wirksam agieren zu können. Barthle sagte, die jetzt vorgesehene parlamentarische Beteiligung gehe „weit über das Übliche hinaus“.

Nach dem Beschluss des Fraktionsvorstands soll das Bundestagsplenum entscheiden, ob ein verschuldetes Euro-Land in ein Hilfsprogramm

aufgenommen wird. Für die bloße Anwendung der Instrumente und im Falle ihrer Veränderung würde eine Zustimmung des Haushaltsausschusses ausreichen. Über Entscheidungen, die die EFSF innerhalb des gewährten Finanzrahmens trifft, muss der Haushaltsausschuss zeitnah informiert werden.

Was die langfristige Stabilisierung der Euro-Zone angeht, so hielt Schäuble eine stärkere Integration der europäischen Institutionen für unabdingbar. Gleichzeitig müsse aber jedes EU-Land für sich seine Schuldenstände in den Griff bekommen.

Auf Werbetour für die Schuldenbremse

Der Haushalt 2012, den der Bundestag in dieser Woche in erster Lesung berät, ist ein Beispiel dafür, dass die Schuldenbremse in Deutschland greift. Für die Schuldenbremse könne man in den anderen EU-Ländern getrost auf Werbetour gehen, meinte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Meister. Die solide Haushaltsführung hat ihm zufolge auch dazu geführt, dass die Zinsausgaben trotz ansteigender Staatsverschuldung rückläufig seien. Dieses „seriöse Ansehen an den Kapitalmärkten müssen wir uns erhalten“, sagte er. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und der haushaltspolitische Sprecher Barthle sprachen sich für eine Erhöhung der Investitionsquote aus. Hasselfeldt warnt Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur dabei ein besonderes Anliegen.

Schäuble und Kauder warben erneut für eine Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union. Auch wenn es Widerstände – etwa in Großbritannien – gebe, wolle man sich für die Einführung in allen 27 Mitgliedstaaten einsetzen.

Können wir Griechenland nicht einfach pleite gehen lassen, Herr Meister?

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende hält nichts von einer Insolvenz des hoch verschuldeten Euro-Staates



Michael Meister
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

In der Öffentlichkeit wird darüber diskutiert, ob Griechenland angesichts seines Schuldenbergs nicht einfach Konkurs anmelden sollte. Die griechischen Anleihen würden dann nicht mehr bedient. Garantieübernahmen und Stützungsmaßnahmen durch die Euro-Länder wären folglich nicht mehr nötig. Griechenland könnte sich auf diese Weise erholen, lautet die Formel. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Michael Meister, warnt im Interview mit „Fraktion direkt“ jedoch eindringlich vor einer solch vermeintlich einfachen Lösung.

Viele halten den Gedanken für verlockend: Soll doch Griechenland wie ein marodes Unternehmen Konkurs anmelden! Von den Schulden zumindest teilweise befreit, könnte das Land danach neu durchstarten. Also, warum nicht?

Meister: Zunächst: Anders als im Unternehmensbereich haben wir derzeit keine rechtliche Regelung für die Insolvenz eines Staates. In Deutschland kann einer in Schieflage geratenen Fir-

ma über die Insolvenzordnung heute unter Umständen zu einem Neustart verholfen werden. Richtig. Aber diese Möglichkeit haben wir eben nicht für Staaten. Wenn Griechenland einfach die Rückzahlung von Schulden einstellte, hätte dies unüberschaubare Folgen. Die Märkte gerieten sicher außer Kontrolle. Die Politik könnte nur staunend zusehen.

Was befürchten Sie konkret?

Meister: Alle Banken und private Anleger, die Griechenland-Anleihen halten, könnten diese mehr oder weniger abschreiben – jedenfalls zu einem Gutteil. Das betrifft zunächst natürlich die griechischen Banken, denen die Refinanzierung verloren gehen würde. Wahrscheinlich würde das Finanzsystem zusammenbrechen. Die Realwirtschaft könnte sich nicht mehr mit Krediten versorgen. Die wirtschaftliche Genesung, an der wir ja auch ein großes Interesse haben, wäre akut gefährdet.

„Die Märkte gerieten außer Kontrolle. Die Politik könnte nur staunend zusehen.“

Das wären aber nicht alle Risiken?

Meister: Nein. Die größte Gefahr wäre, dass dann sofort gegen andere Länder spekuliert würde – nach dem Motto: Wenn nun Griechenland die weiße Fahne gehisst hat, werden dies auch andere tun. Zudem müssten die Banken in ganz Europa wegen des Ausfalls der griechischen Staatsanleihen große Wertberichtigungen vornehmen. Das Ganze kennen wir ja aus der Finanzkrise von 2008, als mit der US-Investmentbank Lehman Brothers ein großer Marktteilnehmer ausgefallen war.

Damals vertrauten die Banken einander nicht mehr.

Meister: Richtig. In dem Szenario eines Zahlungsausfalls Griechenlands könnte das genauso geschehen. Wir kämen in eine Bankenkrise 2.0. Klar stehen die Institute heute insgesamt besser da als noch vor drei oder vier Jahren. Nur: Eine Finanzkrise wäre dennoch höchstwahrscheinlich nicht zu vermeiden - mit allen Folgen für die gesamte Wirtschaft. Erinnern wir uns: Allein in Deutschland ist unser Wachstum damals um fünf Prozent eingebrochen. Nur könnten wir im Gegensatz zu damals diesmal nicht sagen, wir hätten die Konsequenzen nicht absehen können.

Bei der derzeitigen Konstruktion der Rettungsschirme garantiert auch der deutsche Staat und damit letztlich der Steuerzahler für die Rückzahlung der Griechenland-Hilfen. Würden die Garantien eigentlich bei Zahlungsausfall fällig?

Meister: Klar. Unsere Staatsbank KfW hat Griechenland Kredite gewährt, für die der Staat Garantien gegeben hat. Zahlt Griechenland diese nicht völlig zurück, würden gleich mal sieben Milliarden Euro fällig. Und das nur zum heutigen Zeitpunkt. Aber wie gesagt: Die weiteren Folgen eines Konkurses oder Schuldenschnitts wäre noch viel gravierender.

Was ist jetzt zu tun?

Meister: Griechenland muss zur Solidität zurückkehren und seine Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen. Das ist ein langer Weg. Hier müssen wir auch helfen. Gleichzeitig müssen wir den Kreditbedarf Griechenlands unter klaren Bedingungen absichern. Leider führt daran kein Weg vorbei. Mittelfristig müssen wir ganz Europa reformieren - im Sinne der deutschen Stabilitätskultur.

Für eine abgestufte Mitwirkung des Parlaments

Der Beschluss des Fraktionsvorstandes in Auszügen

Der Bundestag soll nach den Vorstellungen der Unionsfraktion bei der Ausweitung des Euro-Rettungsschirms (EFSF) abgestufte Mitwirkungsrechte erhalten. Auf seiner Klausurtagung am vergangenen Donnerstag sprach sich der Fraktionsvorstand für einen Mittelweg zwischen angemessener parlamentarischer Kontrolle einerseits und der Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der EFSF andererseits aus. Im Folgenden Auszüge aus dem Beschluss des Vorstandes:

„1. (...) Beantragt ein Euro-Mitgliedstaat ein solches Hilfsprogramm, oder sollen andere Maßnahmen beschlossen werden, die den Bundeshaushalt

betreffen können, darf der deutsche Vertreter in den relevanten Gremien erst dann zustimmen, wenn der Deutsche Bundestag vorher der Übernahme von Gewährleistungen (...) zustimmt. (...)

2. (...) Die im Rahmenvertrag der EFSF vorgesehenen Leitlinien („guidelines“) für die konkrete, operative Ausgestaltung der Anwendung der neuen Instrumente (Vorsorgliches Kreditprogramm, Rekapitalisierung von Finanzinstituten, Anleihekäufe am Primär- und Sekundärmarkt) sind vom Haushaltsausschuss zu billigen, bevor der deutsche Vertreter im Gremium der EFSF diesen zustimmen kann. (...)

3. (...) Werden die Bedingungen für bereits genehmigte Notmaßnahmen nachträglich angepasst bzw. geändert, bleibt aber der genehmigte Gewährleistungsrahmen für das jeweilige Programm unverändert, ist die vorherige Zustimmung des Haushaltsausschusses erforderlich. (...)

4. (...) Der Haushaltsausschuss ist zeitnah und umfassend über die übernommenen Gewährleistungen und ihre ordnungsgemäße Verwendung im Rahmen aller Hilfsmaßnahmen der EFSF zu informieren, z. B., wenn einzelne Tranchen eines Kreditpakets ausgezahlt werden.“

Für mehr Sicherheit in unseren Großstädten

Null Toleranz gegenüber Gewalt und Vandalismus

Fast jede Nacht brennen in Berlin Autos, Bürger meiden aus Angst vor Übergriffen den öffentlichen Nahverkehr, Gewalt an Schulen gehört in einigen Teilen der Hauptstadt zur Tagesordnung. Vandalismus im öffentlichen Raum scheint sich unaufhaltsam zu einem Großstadtphänomen auszuweiten.

Dies ist keine plötzliche Entwicklung, sondern Ergebnis einer schleichenden Erosion von Recht und Sicherheit. Sie ist das Resultat einer Politik des Duldens, Verschweigens und Verharmlosens.

Um dem konsequent zu begegnen, fordert die Unionsfraktion:

- Die Polizei muss ausreichend Präsenz auf unseren Straßen zeigen

und so ausgestattet sein, dass sie die Sicherheit aller Bürger gewährleisten kann. Stellenstreichungen müssen ein Ende haben.

- Vandalismus aller Art, Belästigungen oder die Duldung einer offenen



© Hieronymus Ukkel - Fotolia.com

Drogenszene dürfen nicht hingenommen werden.

- Politik darf keinerlei Toleranz gegenüber Gewalt zeigen. Gewalt muss konsequent geahndet werden.
- Die Videoüberwachung muss, wo erforderlich, ausgeweitet werden. Die Speicherfrist muss verlängert werden.
- Der Rechtsstaat muss ‚linke‘ Gewalt ebenso konsequent wie ‚rechte‘ Gewalt ächten und bekämpfen.
- Straftäter müssen zügig und konsequent bestraft werden. Dies gilt auch für jugendliche Straftäter, denn nur so kann sich überhaupt ein Erziehungseffekt einstellen. Die Einführung eines Warnschussarrestes auch für solche Straftäter ist daher sinnvoll.

Der Bundestag sagt, wo's langgeht

Das Budgetrecht ist das „Königsrecht“ des Parlaments

Wer politisch etwas umsetzen will, braucht nicht nur Kreativität, die notwendigen demokratischen Mehrheiten oder persönliche Durchsetzungskraft – ohne den schnöden Mammon wird kaum eine politische Idee zur gesellschaftlichen Realität. Deshalb hat in einem Staat derjenige am meisten zu sagen, der darüber bestimmt, wofür wieviel ausgegeben wird. Das Haushaltsrecht gilt als das „Königsrecht“ des Parlaments. Es ist eine der zentralen Errungenschaften moderner Demokratien, dass nur die gewählten Abgeordneten über das Geld ihrer Bürger entscheiden dürfen.

In Deutschland wird in der Regel jedes Jahr im September der Haushaltsplan für das kommende Jahr in den Bundestag eingebracht. Vorgeschlagen wird er von der Bundesregierung auf der Grundlage der Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung. Zuständig für die Aufstellung des Haushaltsplans ist das Bundesfinanzministerium.

Trendwende eingeleitet

Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Legislaturperiode eine Trendwende eingeleitet: Ein- und Ausgaben sollen einander wieder angenähert und die Verschuldung reduziert werden. Die neue Schuldenbremse im Grundgesetz, nach der nur maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Kredite aufgewendet werden darf, greift. 2012 sollen die Ausgaben weiter reduziert werden.

Zudem schreibt das Finanzministerium erstmals den einzelnen Ministerien einen bestimmten finanziellen Rahmen vor, der vorher von Bundesregierung und Koalition abgestimmt wurde. Die Regierung beschließt außerdem einen längerfristigen Finanzplan, der die Budgets für die kommenden Jahre vorstrukturiert.

Auch wenn der Vorschlag aus der Bundesregierung kommt, wird der Haushaltsausschuss des Bundestages bereits früh in die Planungen einbe-

zogen. Wenn im September dann der Plan im Plenum eingebracht wird, stellen die jeweiligen Minister ihre Einzeletats im Bundestag ausführlich zur Debatte. Die Vorstellung des Etats für das Kanzleramt wird dabei traditionell zu einer Aussprache über die großen Linien der Regierungspolitik genutzt.

Anschließend wird das Haushaltsgesetz in die Ausschüsse verwiesen, federführend ist wiederum der Haushaltsausschuss. In einer zweiten Lesung Ende November werden die Änderungen noch einmal im Bundestag beraten. Schließlich wird das Budget insgesamt in einer dritten Lesung in namentlicher Abstimmung vom Bundestag beschlossen.

Die Einnahmen für den Haushalt stammen aus den Steuern, die der Staat erhebt, vor allem aus Einkommens- und Umsatzsteuer. Diese werden auf Gemeinden, Länder und Bund verteilt. Daneben gibt es auch einige

kleinere Steuern, etwa Tabak- oder Ökosteuer, die dem Bund allein zu kommen.

Spielraum für Investitionen

Der größte Ausgabenposten ist der des Arbeits- und Sozialministeriums, gefolgt von Verteidigung und Verkehr. Die Zinszahlungen für die bestehenden Schulden nehmen auch einen erheblichen Raum ein; mit knapp 40 Milliarden Euro belegen sie den vierten Platz im Ausgabenranking. 2012 sollen ca. 30 Milliarden Euro netto neu an Krediten aufgenommen werden. Bis 2015 soll sich die Summe halbieren, um so auch die Zinslast zu reduzieren und mehr Spielraum für notwendige Investitionen zu schaffen.

Insbesondere Bildung und Forschung sollen davon profitieren. Die Bundesregierung möchte in dieser Legislaturperiode zwölf Milliarden Euro mehr ausgeben.



Religionsfreiheit verteidigen - Christen beistehen

Die Unionsfraktion lädt zum Kongress

Religionsfreiheit ist ein wichtiger Teil der Menschenrechte. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Würde. In weiten Teilen der Welt wird die Religionsfreiheit jedoch sehr stark eingeschränkt oder überhaupt nicht gewährt. Besonders häufig sind Christen von Verfolgung und Diskriminierung betroffen. Mit dieser unhaltbaren Lage dürfen wir uns nicht abfinden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb in ihrer parlamentarischen Arbeit und in Gesprächen auf internationaler Ebene nachdrücklich für die weltweite Verwirklichung der Religionsfreiheit ein. Sie legt dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage der christlichen Minderheiten. Am 17. Dezember vergangenen Jahres verabschiedete der Bundestag den Antrag der Unionsfraktion „Religionsfreiheit weltweit schützen“.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Das 'C' ist für uns Programm“ lädt die Unionsfraktion zu einem großen Kongress am 19. September in das Paul-Löbe-Haus ein. Der Kongress findet damit in der Woche statt, in der auch Papst Benedikt XVI. den Bundestag besucht. Unter dem Motto „Religionsfreiheit verteidigen, Christen beistehen“ will die Fraktion gemeinsam mit führenden Repräsentanten beider Kirchen nach Wegen suchen, wie man bedrängten und verfolgten Christen helfen kann. Gäste aus betroffenen Ländern werden über die Situation vor Ort berichten.

Die Veranstaltung wird live im Internet übertragen – unter der Adresse www.veranstaltungen.cducusu.de



© Open Doors

Neue Broschüren der Unionsfraktion

Energiekonzept - Finanzmarktregulierung - Lebensschutz

Drei neue Broschüren erläutern die Politik der Unionsfraktion. In der Broschüre „**Neue Energie für Deutschland**“ beantwortet die Fraktion 15 grundsätzliche Fragen zum Energiekonzept der christlich-liberalen Koalition. Darin können die Leser unter anderem erfahren, warum wir die Energiewende brauchen, welche Folgen sie für die Wirtschaft hat und was sie für den Klimaschutz bedeutet.

Die Broschüre „**Finanzmarktregulierung – Bilanz und Ausblick**“ dokumentiert den Kongress der Fraktion zum selben Thema im Juni. In den Beiträgen der Diskussionssteilnehmer wird dargelegt, welche strukturellen Reformen des Finanz-

marktes zur Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen haben, aber auch die Frage gestellt, wie das Finanzsystem künftig noch widerstandsfähiger gemacht werden kann.

Eine weitere Broschüre aus der Reihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm“ befasst sich mit dem Lebensschutz. Unter dem Titel „**Die Würde des Menschen schützen: Vom Anfang des Lebens bis zu seinem Ende**“ fasst sie Diskussionsbeiträge eines weiteren Kongresses zusammen, den die Fraktion ebenfalls im Juni veranstaltet hatte. Dabei geht es um Präimplantationsdiagnostik, Organspende und die Begleitung sterbender Menschen.

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de

Das Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de

Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)